

06.07.2010

## Rauchfreies Deutschland

### **SPD will nach Volksentscheid in Bayern das Verbot ausweiten und einen Antrag im Bundestag initiieren / Gesundheitsminister Rösler sieht sich nicht zuständig**

*Timot Szent-Ivanyi*

BERLIN. Der bayerische Volksentscheid für einen besseren Nichtraucherschutz hat die Debatte um eine bundesweite Regelung in Gaststätten neu entfacht. Mehrere SPD-Bundestagsabgeordnete wollen erneut versuchen, mit einem parteiübergreifenden Gruppenantrag flächendeckend ein strenges Rauchverbot zu erreichen.

"Es muss Schluss sein mit dem Flickenteppich von unüberschaubaren und unbefriedigenden Einzelregelungen", sagt die Vorsitzende des Bundestags-Gesundheitsausschusses, Carola Reimann (SPD), der Berliner Zeitung. Nur ein bundesweites, generelles Rauchverbot in der Gastronomie schaffe Klarheit und Sorge für einen fairen Wettbewerb. Bereits für Donnerstag haben die SPD-Abgeordneten zu einem Treffen eingeladen, um die Chancen für eine überparteiliche Einigung auszuloten.

Reimann und ihre Mitstreiter schlagen vor, beim Arbeitsschutz anzusetzen, um das Verbot bundesweit regeln zu können. Möglich wäre eine Änderung der sogenannten Arbeitsstättenverordnung, für die der Bund zuständig ist. "Es kann nicht sein, dass Menschen ihre Gesundheit ruinieren müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen", sagte Reimann. "Wir dürfen keine Arbeitnehmer 1. und 2. Klasse haben."

Bayerns Wähler hatten am Sonntag in einem Volksentscheid für das strengste Rauchverbot Deutschlands gestimmt. Es soll nun auch in bisher ausgenommenen Eckkneipen, Nebenzimmern größerer Gaststätten, Vereinslokalen sowie Bierzelten gelten.

Die FDP lehnte es allerdings ab, auf Bundesebene tätig zu werden. Nichtraucherschutz sei Sache der Länder, ließ Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) erklären. Auch die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans (FDP), betonte, sie sehe für eine bundeseinheitliche Regelung im Bereich der Gastronomie derzeit keinen Bedarf.

Die Mehrheit der Länder sieht nach dem Volksentscheid in Bayern ebenfalls keinen neuen Handlungsbedarf, so zum Beispiel Niedersachsen, Hessen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Die Grünen in Nordrhein-Westfalen, die zusammen mit der SPD eine Minderheitsregierung bilden wollen, setzen sich hingegen für eine Verschärfung ein.

In Berlin wurde das bayerische Votum von Nichtraucherschützern hocheifrig aufgenommen. Johannes Spatz vom Berliner "Forum Rauchfrei" kündigte an, noch in diesem Jahr per Volksinitiative eine Verschärfung des Gesundheitsschutzes im Land anzuregen. Ein Gesetz per Volksentscheid wie in Bayern komme wegen der höheren Zustimmungswerte vorerst nicht in Frage. (mit jan.)